

Antrag 2022/I/Arb/3

Jusos Hamburg

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Schutz von JAV-Mitgliedern verbessern

1 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

2 **Forderung:**

3 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die Mitglieder des Hamburgischen Senats werden dazu  
4 aufgefordert,

5 1. eine Bundesratsinitiative zu starten, um den § 78a BetrVG sowie den § 56 BPersVG dahin-  
6 gehend anzupassen:

- 7 • den Mitgliedern der Jugend- und Auszubildendenvertretung, des Betriebsrats, der Bord-  
8 vertretung oder des Seebetriebsrats drei Monate vor Beendigung des Berufsausbil-  
9 dungsverhältnisses ein Angebot über ein Arbeitsverhältnis auf unbestimmte Zeit durch  
10 den Arbeitgebenden zu machen ist. An dieses Angebot ist der Arbeitgebende bis zur  
11 Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses gebunden. Das Angebot ist auch jenen  
12 Auszubildenden zu unterbreiten, die bis zu einem Jahr vor Beendigung des Berufsausbil-  
13 dungsverhältnisses in einem der oben genannten Mitbestimmungsorganen tätig war.  
14 Unterbleibt das arbeitgeberseitige Angebot, gilt mit Beendigung des Berufsausbildungs-  
15 verhältnis ein den Qualifikationen des Auszubildenden entsprechendes unbefristetes Ar-  
16beitsverhältnis als begründet.

17 2. den § 53 HmbPersVG entsprechend der Forderung zu 1. anzupassen.

18

19 **Begründung**

20 Nach dem § 78a BetrVG und entsprechend dazu dem § 56 BPersVG sowie § 53 HmbPersVG ha-  
21 ben Auszubildende, die sich in den Mitbestimmungsgremien engagieren oder engagiert ha-  
22 ben, auf Antrag, einen Anspruch auf die Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis.

23 Die geforderten Änderungen sollen dafür sorgen, dass niemand, der/die sich als Auszubilden-  
24 de:r in den Mitbestimmungsgremien engagiert oder engagiert hat, im Sinne der Schutzbestim-  
25 mungen, einen Antrag stellen muss, um in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen  
26 zu werden.

27 Das soll in erster Linie dem Schutz von Auszubildenden dienen, die mit Blick auf ihre eigenen  
28 Rechte im Rahmen der Mitbestimmung schlecht geschult oder gewerkschaftlich unorganisiert  
29 sind. Nicht selten kommt es vor, dass JAV-Mitglieder, die sich mit viel Energie und persönlichem  
30 Engagement für ihre Kolleg:innen einsetzen, ein Nachteil entsteht, da sie nicht ausreichend

- 31 über ihre Rechte in Bezug auf die unbefristete Übernahme aufgeklärt sind. Arbeitgebende nut-  
32 zen dies aus, um den betroffenen Personen befristete Arbeitsverträge zur Unterschrift vorzu-  
33 legen oder erst gar kein Übernahmeangebot zu unterbreiten.